

BerichterstellerIn:

.....
Graz, 08.06.2006

GZ: A7-494/01/142/06

Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zu „Strategien der Stadt Graz für eine wirksame Suchtpolitik“ vom 16. Mai 2002. Umsetzungsmaßnahmen – Projektgenehmigung: Streetwork im Drogenbereich.

Bericht an den Gemeinderat

Die europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (E.B.D.D.) hat festgehalten, dass die Verringerung des injizierenden Drogenkonsums ein vorrangiges Ziel der Drogenstrategie der Europäischen Union darstellt.

Als geeignete Maßnahmen zur Umsetzung des Zielvorhabens werden aufsuchende Drogenarbeit und niederschwellige Dienste, innovative Informationen sowie Programme zur Risikominimierung angeführt.

Festgehalten wird weiters, dass ein großer Teil der Verantwortung zur Reduzierung drogenbedingter Gesundheitsschäden bei den lokalen Behörden liegt.

Nach Anrollen der so genannten Heroinwelle, im Herbst 2000, gelang es erst allmählich durch verstärkte Repression, Behandlungsintensivierung im Substitutionsbereich, niederschwellige Drogenarbeit und durch verstärkte Sensibilisierung eine Abschwächung der Quote an nicht begleiteten bzw. nichterreichbaren Abhängigen zu erzielen. Derzeit hat die „Drogenwelle“, gemeint ist hier der vorrangig intravenöse Konsum von Opiaten und Medikamenten, wieder an Schwung dazugewonnen, zumindest ist sie wieder öffentlich sichtbar geworden.

Über die Ursachen für das hohe Niveau an DrogenmissbraucherInnen und Drogenabhängigen herrschen in Fachkreisen zum Teil unterschiedliche Auffassungen.

„Neue“ Bevölkerungssegmente wie MigrantInnen und Neuzugänge Jugendlicher und junger Erwachsener haben den Weg in die vor allem intravenöse Drogenabhängigkeit und in den Drogenmissbrauch gefunden, und, mitbedingt durch Rückfälle nach Therapien und durch Therapieabbrüche u.Ä., ist die Zahl der Opiatabhängigen und Mehrfachabhängigen mit ca. 1.500 Personen in Graz anzunehmen.

Diese Zahl ist einerseits durch die gestiegene Erhältlichkeit von illegalen Drogen und psychoaktiven Medikamenten, wie z.B. Substitutionsmittel, die hauptsächlich überregional nach Graz beschafft werden, sowie Benzodiazepinen u.Ä. mitbedingt, andererseits durch eine Paarung aus subjektiv wahrgenommenen Lebensumstand und Zukunftspessimismus mit der teilweise vorhandenen Annahme, dass via Entzugsprogrammen und Substitution die abhängigkeitsbedingte persönliche Talfahrt notfalls abgefedert werden könne.

Hinzu kommt der Umstand, dass Abhängigkeit als Krankheitsgeschehen zwar behandelbar ist, zumeist aber nur über einen längeren Zeitraum und vielfach nicht dauerhaft.

Gerade niederschwellige Angebote, die, neben der Exekutive, zu jenen gehören, die Trends als Erstes bemerken, können starke Zunahmen in der Anspruchsnahme ihrer Angebote verzeichnen. Wurden über Streetwork im Drogenbereich/Kontaktladen noch 2001 53.247 Spritzen getauscht oder verkauft waren es 2005 schon 312.735, die Tendenz ist weiterhin steigend. Auch die Zahl von 600 KlientInnen, die beraten und begleitet werden, hat sich diese Zahl seit 2001 mehr als verdoppelt, wobei diese Personengruppe zudem eine hohe Quote an polytoxikomanem Konsumverhalten und Zusatzdiagnosen aufweist.

Streetwork im Drogenbereich ist ein auf Grundprinzipien basierender, gleichzeitig aber auch ein aus sich ergebenden Bedarfssituationen reagierender Ansatz. So wurden während der laufenden Vertragszeit mit dem Projekt u.a. spezielle Öffnungszeiten für Frauen und Hepatitissprechstunden, oder Konsultationszeiten für weiterführende höherschwellige Behandlungseinrichtungen vor Ort eingeführt.

Kommunikative Drogenarbeit ist wesentlich, um Beziehungen herzustellen, die offene und ehrliche Auseinandersetzungen ermöglichen. Bei DrogenkonsumentInnen, die weder eine Beratungsaufgabe haben, noch konkret eine Entwöhnungsbehandlung anvisieren, ist der niederschwellige Ansatz hierfür der Zielführendste.

Analog zum Suchtkonzept der Stadt Graz kann es nur durch das Ausbalancieren der Säulen Repression-Behandlung-Soziale Maßnahmen-Prävention zu individuellen und verhältnisorientierten Veränderungen kommen .

So wird eine nikotinabhängige Person beispielsweise auch nur dann den Konsum erfolgreich und nachhaltig einstellen können, wenn die soziale Ächtung des Verhaltens einhergeht mit machbaren Anleitungen zur Konsumveränderung, Motivationsarbeit, die generelle Akzeptanz von Rückfällen, Zugewinn an belohnenden Momenten (Gesundheit, Wertschätzung als NichtraucherIn usw.) und einer Behandlung etwaiger individueller Belastungsfaktoren und problematischer Beziehungsaspekte.

Ähnlich verhält es sich im Bereich illegalisierter Drogen mit dem Zusatz, dass hier anhand der Illegalitätsauswirkungen und der größtenteils fehlenden substanzbezogenen Qualitätskontrolle und die oftmaligen Komorbiditäten und Dualdiagnosen (Drogenabhängigkeit als Selbstbehandlungsaspekt) die Hilfsmöglichkeiten sehr differenziert sein müssen, und auf jeden Fall Kontakt sowie Beziehungsmöglichkeiten und Schadensminimierung im Fokus haben müssen.

Zusätzlich ist es notwendig, pragmatisch - wissenschaftlich fundierte Ansätze mit den erwähnenden Primärzielen Beziehungsstärkung und Schadensabwendung zu tätigen, um ein Fundament für bewussteren und risikoärmeren Umgang – bis hin zur weiterreichenderen Verhaltensveränderung mit aufbauen zu können.

Die dabei zum Einsatz kommenden Maßnahmen erscheinen auf den ersten Blick oft fragwürdig, da diese Maßnahmen mit vielen herkömmlichen Anschauungen und Dogmen kollidieren oder zunächst sogar kontraproduktiv erscheinen.

So wird es auch erst nach einem inhaltlichen Diskurs zunächst klar, dass z.B. Spritzenabgaben weder suchtfördernd noch eine Kapitulation im Kampf gegen die Sucht sind, sondern vielmehr stabilisierend, infektionsprophylaktisch und kommunikations anbietend für bereits Abhängige, und bei systematisiertem Vorgehen auch risikoreduzierend für die Allgemeinheit sind.

Maßnahmen zur Eindämmung des Suchtgeschehens sind dann sinnvoll, wenn hierbei für etwas etwas getan wird und eben nicht ersatzlos „gegen etwas“ unternommen wird.

Der bewusster Umgang mit Drogen, soziale oder körperliche Stabilisierung, der Beginn einer Kommunikation mit ProfessionalistInnen, Arbeit an Motivationsprozessen und Veränderungsszenarien macht Streetwork/Kontaktladen zum Beginn dessen, dass etwas für etwas getan wird.

Die Stadt Graz hat sich bereits im Jahr 1997 zu Streetwork im Drogenbereich als wichtiges städtisches Projekt bekannt, und in Folge wurde das zu erweiternde Projekt im Jahr 2003 EU-weit ausgeschrieben und anschließend mit der Caritas ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen, der mit 31.12.2006 ausläuft.

Zum Gelingen von Streetwork im Drogenbereich gehört ein professioneller MitarbeiterInnenstab, der Kontinuität besitzen und auf sich verändernde Bedingungen rasch und effizient reagieren muss, weshalb auch großer Wert auf das zur Verfügung stehen mindest notwendiger Personalstärke und Ressourcenlage für das Projekt zu legen war und auch in Hinkunft zu legen sein wird. Die anfallenden Kosten für das gesamte Leistungsangebot sind für die Laufzeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2009 mit maximal € 1,930.000,- anzunehmen. Die sich zum Vergleichszeitraum 2004-2006 ergebende Erhöhung der Gesamtkosten liegen zum einen in sukzessiv gestiegenen Lohn - und Sachkosten und durch eine geringfügige, aber an Hand der Inanspruchnahme und Notwendigkeit der Dienstleistungen des Streetworks- und Kontaktladenansatzes, Erhöhung des Leistungsumfanges begründet, obwohl angedacht ist, das Land Steiermark als Mitfinanzierer des Projektes Drogenstreetwork/Kontaktladen zu gewinnen, diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange, muss bei einer Verlängerung des Projektes zunächst von einer Gesamtfinanzierung durch die Stadt Graz ausgegangen werden.

Die Vorberatung und Antragstellung an den Gemeinderat um die Fortsetzung des laufenden Projektes Drogenstreetwork/Kontaktladen fällt gem. § 61 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 in die Kompetenz des Stadtsenates.

Der Stadtsenat stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

1. Das Projekt Streetwork im Drogenbereich mit der Laufzeit vom 01.01.2007 – 31.12.2009 mit einer Projektsumme von € 1,930.000,- wird genehmigt.
2. Eine umgehende EU-weite Ausschreibung des Projektes soll stattfinden.

Die Stadträtin:

Der Bearbeiter:

Der Abteilungsvorstand:

(Wilfriede Monogioudis)

(Dr. Ulf Zeder)

(Dr.med.univ.Josef Künstner)

Vorberaten und angenommen in der
Sitzung des Stadtsenates

am.....

Der Vorsitzende: